

Bezugspreis:
Monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M., halbjährlich 6.00 M., jährlich 10.80 M.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgepaltene Sonntagsbeilage kostet 1.50 M. 'Kleine Anzeigen'...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 21. August 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Konflikt zwischen Amerika und Japan?

Die Schantungfrage.

Eine Anzahl New Yorker Blätter veröffentlichen Mitteilungen über Aufsehen von Willard, die dieser in dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten in Washington über die Schantungfrage abgab.

Nach dem Bericht der 'New York Sun' führte Willard folgendes aus: Die Dinge im fernem Osten haben jetzt einen solchen Lauf genommen, daß die Gefahr eines Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und Japan in bedenklicher Nähe gerückt ist.

Willard erachtet trotzdem den Krieg für sehr wahrscheinlich und hält politische Unterhandlungen für den einzigen Ausweg.

Er verließ dann die Zustimmung des amerikanischen Volkes zum französisch-amerikanischen Abkommen, das den künftigen Frieden in Europa sichern soll.

Amerika und Mexiko.

Das Vreihbureau Radio meldet aus New York, daß das Staatsdepartement an die mexikanische Regierung wegen der Gefangenahme von zwei amerikanischen Fliegern durch mexikanische Banditen eine in scharfer Töne gehaltene Note gerichtet hat.

'New York Times' erfährt an maßgebender Stelle, daß die amerikanische Note die schärfste Note ist, die die jetzige amerikanische Regierung jemals an eine auswärtige Macht gerichtet hat.

(Neuter.) Amerikanische Truppen haben bei der Verfolgung der Banditen, die die amerikanischen Flieger gefangen genommen haben, die Grenze überschritten.

Polizeireviere der Entente.

(Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.)

Kopenhagen, 20. August. Die 'Chicagoer Tribune' bezeichnet es als sicher, daß Amerika namens des Völkerbundes das Mandat über die Türkei und Armenien übernehmen werde.

Die Entente, die sich berufen fühlt, 'Weltpolizei' zu spielen, verteilt ihre Bezirke. Hatte nicht irgendwer gesagt, er kämpfe für das Selbstbestimmungsrecht der Völker?

Die Arbeiter und Lloyd George.

(Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.)

Kopenhagen, 20. August. Aus der allgemeinen Unzufriedenheit, die in der englischen Presse über Lloyd Georges Rede zu Worte kommt, verdient die Äußerung des Bergarbeiterführers Vernon Hartshorn hervorgehoben zu werden.

Er erklärte: Die Bergarbeiterführer, die bisher für ein geschlossenes Zusammengehen mit der Regierung gestimmt haben, um dadurch eine Besserung ihrer Lage zu erreichen, werden sich nun nach dieser Rede gegen die Regierung aussprechen und keinen Finger rühren, um die Produktion zu vermehren.

Anderer Arbeiterführer sprachen sich im gleichen Sinne aus und der allgemeine Eindruck ist, daß Lloyd Georges Rede keine der vielen Fragen geklärt hat, die augenblicklich der Lösung harren.

Nach ein Protest. Der Führer der ägyptischen Delegation in Paris richtete nach dem 'Journal' an alle französischen Deputierten und Senatoren namens des ägyptischen Volkes einen Protest gegen die Ägypten betreffenden Bedingungen des Friedensvertrages.

Kritische Lage in Oberschlesien.

Zuzug über die Grenze.

Berlin, 20. August. In Oberschlesien hat sich die Lage dadurch erheblich zuspitzt, daß die bisher gegen die Grenzschutztruppen operierenden Banden starken Zuzug von jenseits der polnischen Grenze erhalten haben.

Nach dem Friedensvertrag von Versailles sind das deutsche Militär und die deutschen Behörden verpflichtet, innerhalb von 14 Tagen nach Inkrafttreten des Vertrages Oberschlesien zu räumen.

Noch weniger geht es natürlich an, daß sich Polen des Landes vor der Volksabstimmung bemächtigt, etwa wie dies im Januar mit Bosen geschehen ist.

Wenn man aber von Deutschland verlangt und erwartet, daß es sich an geschlossene Verträge hält, so muß das von der Gegenseite gleichfalls geschehen.

Die Zusammenkünfte mit der polnischen Delegation wurden gestern nachmittag wieder ausgenommen, kamen aber nicht über Vorbesprechungen hinaus.

Oberschlesien und die Entente.

Amsterdam, 20. August. (Neuter.) Die Friedenskonferenz hat ein Telegramm von den Agenten der Alliierten in Schlesien erhalten, in dem mitgeteilt wird, daß insofern politische Streitigkeiten Kohlenbergwerke in Oberschlesien zerstückelt seien.

Die militärische Lage.

Rattowitz, 20. August. Laut Meldung der Pressestelle des Staatskommissariats kann im Deutshener Aufstandsgebiet dank der Haltung unserer Truppen der Aufstand in der Hauptsache als abgeklungen gelten.

Die Säuberung dieses Grenzgebietes dürfte aber voraussichtlich noch einige Tage dauern, da es noch zahlreiche Infanterienester auszuheben gilt.

Ueber den mit dem Aufstand Hand in Hand gehenden Generalstreik ist zu melden, daß sich bereits eine geringe Wiedernahme der Arbeit bemerkbar macht.

Die Vaterlandslosen.

Durch die Ewigkeit des Krieges hindurch war es die Presse der besitzenden Klassen, die in angeborener Annahme das Prädikat 'vaterländisch' für sich in Anspruch nahm.

War nun glauben möchte, daß unbarmherzige Urteil der Geschichte — am unbarmherzigsten gegen die Opfer — habe eine Wankung in dieser Hinsicht geschaffen.

Je endgültiger sich das Schicksal des vaterländischen Radikalismus beiegelt, desto mehr wartet sich eine wüste Despropaganda, zumeist mit antikemistischem Einschlag, hervor.

Die deutsche Saluta auf den Grad der Lächerlichkeit herabgedrückt hat und schließlich einen Rückschlag bewirken kann, der die deutschen Wirtschaftsverhältnisse der Verarmung und der Anarchie überliefert.

Das beschämende Bild der Vaterländlichkeit der deutschen besitzenden Klassen rundet sich bei Betrachtung der Verhandlungen über Vermögensabgabe und Erbschaftsteuer in der Nationalversammlung.

liche Macht in den Abgrund tiefsten Völkereids geschleudert hat, wagen die Kunsthistoriker politische Unreise die Notwendigkeit ihres gesellschaftlichen Schmarobertums zu behaupten. Waren sie nicht mit jener Blindheit geschlagen, die heute noch nicht begreift, was die wahren Ursachen von Krieg und Niederlage waren, so mühten sie wissen, daß sie mit zu den gefährlichsten Geburthsgebern des Volksweltismus gehören, den sie als Popanz an sämtliche Strohnucken malen.

Die selbstverständliche Verschärfung der Regierungsvorlage im Erbschaftssteuergesetz durch den Ausschuß war der Vorwand für die Reaktionäre, das ganze ihnen höchst unangenehme Gesetz abzulehnen. Die Annahme des verschärften Gesetzes war eine nicht zu umgehende Selbstverständlichkeit, und es ist richtig, was der Genosse Keil sagte: daß wir die jetzige Erfassung von Vermögen und Erbschaft nur als Etappe noch schärferer Enteignungen betrachten. Wenn es richtig ist, daß das Heil und die Zukunft Deutschlands von seiner Arbeit abhängen, so ist es Pflicht, die Arbeit, die wir von den Massen verlangen, vor skrupelloser Ausbeutung zu schützen und auch dafür zu sorgen, daß die aus früherer Ausbeutung entstandenen Besitz- und Machtverhältnisse die deutsche Zukunft nicht zugunsten einer Minderheit belasten, sondern als Grundlagedeinstellung der Emporkommens der Volksgesamtheit angesehen werden. Nicht der Sparstacheltrieb, wie die Wortmacher der Rechten behaupten, wird dadurch gehemmt, sondern der Trieb zum Müßiggang, zur Kapitalverschleppung, zum Luxus und zur Ausbeutung — die Tendenz nicht zu vergessen, das politische Leben mit den Mitteln, die man den Arbeitenden entzogen hat, gegen die Interessen der Arbeitenden zu korumpieren.

Es gibt nur ein Vaterland der Schaffenden. Diesem gegenüber hat der Staat die Verpflichtung, noch dem jahrzehntelangen kapitalistischen Raubbau die Rechte zu sichern, die ihnen Mut zu frischem Schaffen ebenso verleihen, wie sie eine Garantie dafür bieten, daß lediglich ihnen die Früchte ihrer Arbeit zugute kommen. Dann steht endlich der Begriff des Vaterlandes auf widerfestem Boden.

Wilson's Erklärungen im Senatsauschuß. Dringender Ruf nach Ratifikation.

Dasg., 20. August. Holländisch Neutdsbureau meldet aus Washington:

Im Weißen Hause hat eine Konferenz stattgefunden, die ohne Präsenzfall ist. Ein wörtlicher Sitzungsbericht ist sofort der Presse übergeben worden.

Präsident Wilson besprach den Friedensvertrag im Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten. Er legte dem Ausschuß in ausführlichen Erklärungen dar, daß die

Wiederherstellung der normalen Bedingungen für das wirtschaftliche und industrielle Leben von der Entscheidung des Senats bezüglich des Friedensvertrages abhängt, weil dieses Problem im Zusammenhange mit der Wiederherstellung des internationalen Lebens eine altweltliche Zusammenarbeit von allen Parteien und Interessenten fordert. Eine Einseitigkeit würde die Gefahr für das amerikanische Volk, bezw. für alle nationalen Völker, auf die die Amerikaner Wert legen, vergrößern. Wilson führte aus, daß die Kupferminen von Montana und Alaska nur mit großen Kosten und Verlusten im Betrieb gehalten würden, zum Teil sogar mit geliehenem Gelde. Die Glimminen von Missouri und Tennessee und Wisconsin sind auf die Hälfte ihrer Erzeugungsfähigkeit gekommen. Aus den Berichten von Illinois und Missouri geht hervor, daß in den dortigen Bleiminen auch nur die Hälfte des früheren Abfahrs

gefördert werde. Es bestehe ein dringendes Bedürfnis nach Treibmitteln, das nicht befriedigt werden könne, weil die Handelskanäle durch den Krieg versperret seien, während es keinen Krieg mehr gebe. Dasselbe gelte von Rohbaumwolle, von denen die Zentralmächte allein früher beinahe für vier Millionen Ballen geliefert haben. Es gelte überhaupt für alle Rohmaterialien, denn es gebe überhaupt kaum noch ein Nahrungsmittel oder irgend eine Art von Fabrik-

ware, bei denen dies nicht der Fall wäre. Unsere vollständige enorm gewinnbringende Erzeugung, führte Wilson aus, wartet auf den Frieden.

Unsere militärischen Pläne

warten natürlich auch darauf. Wir können nicht endlos abwarten, wie groß die maritime und die militärische Macht wird, die wir aufrecht erhalten sollen oder in welcher Richtung sich unsere Politik der militärischen Ausbildung bewegen wird, bevor wir nicht nur den Frieden haben, sondern auch bevor wir wissen, daß der Frieden aufrechterhalten bleiben wird, zum Heile jeder Nation. Es gibt noch mehrere Schwierigkeiten. Der große Ueberdruck vom Heere umfaßt nicht nur Rohungsmittel und Kleider, deren Verlauf von Einfluß auf die normale Erzeugung sein wird, sondern auch große Einrichtungen für Erzeugnisse, die ihrer früheren Bestimmung zurückgegeben werden müssen, sowie große Maschinen, Messen und alle Arten Waffen, die unbenutzt liegen bleiben müssen, bis der Frieden und die militärische Politik endgültig bestimmt sind. Aus demselben Grunde kann das nationale Budget nicht unterzeichnet werden. Die Staaten, die den Vertrag ratifiziert haben, wie Großbritannien, Belgien und Frankreich, können bereits ihre Pläne so ausbauen, daß sie die Kontrolle über die Märkte in Zentraleuropa

ohne unsere Konkurrenz durchführen können, wenn wir nicht sofort handeln. Wir haben keine Konsulargagenten, keine Handelsvertreter, die dort unsere Interessen wahrnehmen können. Es gibt große Gebiete in Europa, deren Zukunft unsicher ist und von der definitiven Regelung des Friedens abhängt. Ohne bestimmte Märkte kann sich unsere Produktion nicht entwickeln. Es kann keine Stabilisierung der Löhne geben, weil keine festgesetzten Arbeitsbedingungen bestehen. Es können keine normalen industriellen Kredite bestehen, weil kein Vertrauen in eine dauernde Wiederbelebung der Geschäfte vorhanden sein kann. Alle Elemente unseres normalen Lebens warten auf die Ratifizierung des Vertrages. Wir dürfen keinen einzigen Tag verlieren. Nichts steht der Ratifizierung des Vertrages im Wege außer einem gewissen Zweifel über die

Bedeutung des Völkervertrages

und ich muß sagen, ich kann nicht begreifen, warum diese Zweifel bestehen sollen. Ich will Sie daran erinnern, daß alle bestehenden Fragen über den Völkervertrag im März, als ich das Vergnügen hatte, eine Konferenz mit Ihrer Kommission für Auswärtige Angelegenheiten abzuhalten, mit Rücksicht auf die sofortige Ratifizierung der Verfassung besprochen wurden. Der erste Entwurf ist einer Revision unterzogen worden. Es wurde darauf hingewiesen, daß eine besondere Anerkennung der Grundsätze der Monroe'sche eingeklebt werden müßten, daß besonders bestimmt wurde, daß der Völkervertrag kein Recht in Sachen der inneren Politik zugestanden erhebt und daß das Recht, sich aus dem Völkervertrage zurückzuziehen, besonders anerkannt wurde. Ferner wurde daran ausgelegt, daß das Verfassungsrecht des Kongresses, über Krieg und Frieden zu entscheiden, nicht genügend geschützt waren. Bei meiner Rückkehr nach Paris sind alle diese Dinge neuerlich von der Völkervertragskommission geprüft worden und jeder Vorschlag der Vereinigten Staaten wurde angenommen. Die Ansicht der Vereinigten Staaten über die durch mich genannten Probleme war in Wirklichkeit bereits durch die Kommission angenommen.

Wilson sprach dann ausführlich über Artikel 15 des Völkervertrages, der davon handelt, was im Falle einer Uneinigkeit zwischen den Mitgliedern des Völkervertrages, die zu einem Bruch führen könnte, geschehen müsse, und wies darauf hin, daß in einem solchen Falle die Entscheidung des Völkervertrages eingeholt werden müßte. Der Präsident betonte, daß die Einverständigungen und Naturalisationen zweifellos innere Angelegenheiten seien, über die ein internationaler Verband niemals entscheiden könne. Der Ausdruck des Rates habe moralische Bedeutung und lege moralische, aber keine gesetzlichen Verpflichtungen auf.

Wilson hält Artikel 10 für das Rückgrat des ganzen Vertrages, weil darin den Mitgliedern des Völkervertrages territoriale Unantastbarkeit und politische Unabhängigkeit aller Mitglieder garantiert wird. Ohne diesen Artikel wäre der ganze Völkervertrag nicht als ein Debattierklub.

setzung des Völkervertrages, an dem dann außer Quallen auch die Wildhauer Gault, Leberer, Kilmisch, Kraus, L. Couer mit gleich erschreckender Aufschüttelung teilnahmen, wird ihn hoffentlich doch überzeugen haben, daß die Kunst ihre eigenen Rechte beansprucht und zu verteidigen weiß.

Spinoza, der — Mehger!

Der bekannte jüdische Dichter Salomon Dembiger, unser Mitarbeiter, veröffentlichte im „Allg. Handelsblatt“ die ersten Einbrüche, die er beim Betreten Amsterdams empfing hatte. So schreibt er unter der Spitzmarke „Spinoza“:

„Als ich aus dem Juge stieg, wunderte ich mich über die Menge jüdischer Pachtträger. In einem anderen Land könnte man nicht für eine Million einen jüdischen Pachtträger finden. Der scheint eine holländische Spezialität zu sein.“

Da ich müde von der Reise war, dankte ich meinem Schöpfer, als der Mann mein Köfferchen auf die Schulter lud und mich in einem billigen Gasthof unterzubringen versprochen. Untermwegs hob er an, bald in Deutsch, bald in Holländisch, über die fabelhaften Zeiten zu seufzen; der Krieg dauerte ihm viel zu lange, es träfen zu wenig Fremde ein usw. „Aha“, dachte ich, „der hält dich gewiß für einen reichen Weltbummler und hofft auf deine Mildeherzigkeit.“

Ich betrachtete seine zerrissene Dose und zählte die Münzen auf der Stirne seines harten Gesichtes. Da plötzlich rief eine innere Stimme mir zu: „Er, dein Bruder, muß dir den Koffer tragen, damit er ein paar Cent verdienen kann, während du mit dem Stock in der Hand und dem Zwicker auf der Nase, wie ein Graf neben ihm herläufst... Was bildest du dir denn eigentlich ein? Vielleicht ist er in seinem kleinem Finger mehr wert, als du in deinem ganzen Korpus; vielleicht arbeitet er den ganzen, langen Tag, um für seine Familie Brot beschaffen zu können und sitzt dann die halbe Nacht gebeugt über die Rollen, sinnend über die vielen Rätsel des Lebens...“ Vielleicht können seine feuchten Rissen erzählen von schlaflosen Nächten und tiefsinnigen Zwiegesprächen mit dem Allmächtigen; vielleicht... Und als er einen Augenblick stehen blieb, um Atem zu schöpfen, lächelte ich ihm mitleidig an und fragte ihn: „Sie sind doch ein Landmann Spinoza?“ Er sah mich mit großen Augen an, so daß ich glaubte, er habe mich nicht verstanden. Ich wiederholte deshalb meine Frage: „Sie sind doch ein Landmann Spinoza? Wo steht denn eigentlich sein Denzmal?“

„Ja, verstehe U nit“, brummte er kopfschüttelnd. „Aber, du lieber Himmel, Spinoza! rief ich aus, ein Amsterdamer Jude, gerade wie Sie...“ „Ach, so!“ sagte er plötzlich, tief aufatmend, „Jetzt verstehe ich Sie, Sie meinen gewiß den Mehger Spinoza in der Jodenbreestraat! Soll ich Sie zu dem hinführen...?“

Der Kampf gegen die „Aufklärungsfilme“.

Durch den immer stärker werdenden Answirkeln gegen die sogenannten Aufklärungsfilme, die nach der Aufhebung der Zensur in allen möglichen Spielarten aus dem Boden geschossen sind, haben

Umtriebe der russischen Gegenrevolution.

Mittelpunkt Berlin!

Von vertrauenswürdigem Seite wird uns geschrieben: Berlin wird immer mehr und mehr zum Mittelpunkt der russischen Gegenrevolution. Von hier erfolgten die ersten vorbereitenden Schritte zur Aufhebung der Nordarmee, die in den russischen Ostseeprovinzen gegen die Bolschewiki operiert und deren nächstes Ziel die Einnahme Petersburgs ist. Man kann sagen, daß bis in die letzten Tage hinein, da die Ententeleistungen über Neval einzutreffen begannen, Berlin und Ost-Preußen die alleinige Operationsbasis der russischen gegenrevolutionären Armee war.

In Vorbereitung des nahe bevorstehenden Sieges haben sich in Berlin aberhand Institutionen der reaktionären Gesellschaft in aller Gemütsruhe etabliert. Sie fühlen sich im demokratischen Deutschland allem Anschein nach sehr wohl. Es sind allerdings keine „Schnorzer und Verschwörer“ im alten Sinne. Wenn sie „schnorren“, so tun sie das im großen, sie verlangen Hilfe nicht um ihrretwillen — bei Leibe nicht, sondern zur Rettung Europas von den Schrecken des Volksweltismus, und sie sind unerträglich überzeugt, daß sie von der Vorsehung dazu bestimmt sind, das Welt der Rettung zu vollziehen.

Diese Leute sind auch keine Verschwörer. Sie verhalten sich ganz wie zu Hause, ganz ungeniert. Bei der Regierung, daß in Berlin eine sich offen nennende Russische Militärmission, Wilmersdorf, Ullandsstr. 106, niedergelassen hat und daß diese Militärmission nicht etwa eine Vertretung der derzeit am Ruder befindlichen russischen Regierung ist? Weich sie, daß daneben eine sich als amtlich bezeichnende Russische Vertretung für Zivilangelegenheiten, Berlin, In den Felten 16, niedergelassen hat? Die russische Gegenrevolution verfügt so in Berlin über die verschiedenartigsten Einrichtungen und hat ein journalistisches Sprachrohr in der Zeitung „Prithw“, deren reaktionäre Tendenz aus jeder Zeile hervorleuchtet.

Wenn die deutsche Regierung begriffschwermüde auch nichts für die Bolschewiki übrig hat, so darf sie es nicht dulden, daß eine sich mit der russischen Regierung im schweren Bürgerkrieg befindliche, dazu die Wiederherstellung des Parismus planende Gegenmacht Deutschland zur Basis ihrer unheilvollen Verbrämtheit wählt. Diese Tuldung würde gegen jeden Begriff der Neutralität verstoßen, sie würde sich nicht im mindesten betragen weder mit den Interessen der Demokratie und des Sozialismus im allgemeinen, noch mit den vitalen Interessen der deutschen Republik.

Die Dreistigkeit der reaktionären Gesellschaft kennt keine Grenzen. Mit einer Selbstverständlichkeit, die nur den überreichen kann, dem die Gewohnheiten der Schergen des Jorismus unbekannt sind, wendet sich nunmehr die oben genannte Russische Militärmission mit zwei „Befehlen“ an die Russen, die sich gegenwärtig in Deutschland aufhalten. Die Zeitung „Prithw“ veröffentlicht zwei Befehle des Chefs der russischen Militärmission zu Berlin. Der erste dieser Befehle trägt Nummer 2 und ordnet an, daß sich alle in Deutschland aufhaltenden Offiziere, Militärbeamte und Ärzte, die zu den Söldnerland zugeschiedenen Truppenteilen gehören binnen sieben Tagen zur Verfügung der Militärbehörde zu stellen haben. Dieser von dem Generalleutnant Montewitz unterzeichnete Befehl fällt sich auf den Befehl des „Oberkommandierenden über sämtliche bewaffneten Kräfte Ostpreußens“, Denikin.

In dem anderen Befehl unter Nr. 3 wendet sich General Montewitz an alle anderen Offiziere, Beamten und Ärzte, die nicht unter dem Befehl Nr. 2 fallen, mit der Aufforderung, sich bei der Militärmission zu melden, um in besondere Listen eingetragen zu werden. In beiden Befehlen wird denjenigen, die der Aufforderung nicht nachkommen, angedroht, daß nach Wiederherstellung der Ordnung in Russland und nach dem Abschluß des „großen Kampfes“ durch den Sieg der rechten Sache die Schuldigen mit aller Strenge wie Deserteur zur Verantwortung gezogen werden.

Diesem Treiben darf die deutsche Regierung nicht tatenlos gegenüberstehen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die russischen Kreise, die die Gegenrevolution betreiben, völkerechtlich in keiner Weise berechtigt sind, eine derartige Tätigkeit auf deutschem Boden zu entfalten. Andererseits würde Deutschland die größte Schuld auf sich laden, wenn die Regierung ruhig zulassen würde, daß die russische Gegenrevolution ihre Tätigkeit auf deutschem Boden so weiter betreibt wie bisher.

Das „Lamburger Echo“ veröffentlicht folgendes Schreiben, das dieser Tage einer Hamburger Firma aus Westfalen zugegangen ist:

Ihre W. Adresse einem bekannten Diktator verdankend, der mit Herrn S. persönlich bekannt ist, offeriere ich Ihnen bis Dienstag freibleibend:

Ja, 60 000 Stück prima samvette Inf.-Gewehre, Modell 98, auseinandergenommen, pro Stück 50 Mk. per Wagon oder Schiff einer westfälischen Station. Ich habe die Gewehre von einem

die maßgebenden Stellen sich zum Einschreiten veranlaßt gesehen. Während in Preußen augenblicklich noch Maßnahmen beraten werden, hat Baden sich zu sofortigen Einschreiten veranlaßt gesehen.

In Karlsruhe und Freiburg ist der Aufklärungsfilm „Die Prostitution“ von der Staatsanwaltschaft auf zahlreiche Anträge hin beschlagnahmt worden; einzelne Stellen wurden aus dem Film herausgeschnitten. Gegen den Hersteller des Filmes, Richard Orsilia, genannt Oswald, ist auf Grund des § 154 (Verbreitung unzüchtiger Schriften) Strafuntersuchung gestellt worden. In der hiesigen Landesversammlung erhob sich über den genannten und den Film „Anders als die anderen“ eine lebhafte Debatte. Es wurde beschlossen, daß Personen unter 20 Jahren der Zutritt zu diesen Aufklärungsfilmen verboten werde. In Karlsruhe hat man den Kinobesitzern, die sich gegen diese Bestimmung verweigern, die sofortige Schließung der Richtsichttheater angedroht. Weiterhin ist im Badischen Landtag der Antrag gestellt worden, die Kino zu kriminalisieren und die Filmindustrie zu sozialisieren, um in Zukunft denartige Bilder unmöglich zu machen.

Der Film „Die Prostitution“ hat übrigens auch einen Pressefandall herausgeschüttelt. Der Schriftsteller des „Deutschen Film“, Herr Viktor Neuenburg, der Oswald sehr scharf angegriffen hatte, änderte plötzlich seine Haltung zu auffällig, daß er deswegen zur Rede gestellt wurde. Er mußte schließlich angeben, daß er von Oswald einen Vorstoß von 1000 Mk. für Mitarbeit empfangen habe.

Notizen.

— Theater. Wie uns mitgeteilt wird, hat nicht Direktor Rotmund, sondern die Direktion Gräbner und Weinhard, die bisherigen Mitdirektoren des Pallastheaters, das Palast-Theater gepachtet und wird dort vom 1. September an das sozialistische Drama „Das Gesetz“ aufführen. — Die Direktion Weinhard und Bernauer eröffnet die Spielzeit am Sonnabend im Theater i. d. Königsruher Straße mit einer Neuinszenierung von August Strindberg's „Kameraden“. In der zweiten Hälfte September erfolgt im Komödienhaus die Uraufführung von „Schloß Wetterstein“ von Franz Wedekind.

— Die Produktivgenossenschaft erwerbsloser bildender Künstler hat eine Ausstellung im Schöneberger neuen Rathaus eröffnet. Die Genossenschaft zeigt Gemälde, Radierungen, Plakate usw. der verschiedensten Ausrichtungen. Grundgedanke der Genossenschaft ist, daß der vom Staat begünstigte Künstler mit seinen nicht berufstätigen Kollegen den Erlös aus seinen Werken teilt. Die Ausstellung ist täglich geöffnet von 10—6 Uhr gegen 50 Pf. Eintrittsgeld. Erwerblose haben freien Zutritt.

— Volkstanzmetzzeit. Am 14. September veranstaltet der Verband Rarischer Wandervereine E. V. seinen (9.) Wandertag, diesmal in dem Städtchen Bielefeld. Als Reuheit wird sich dem Wandertag am Nachmittage ein Rarischer Volks- und Spieltheater angeschlossen, in dessen Verlauf auch ein Volkstanzmetzzeit die Anregung geben soll, alte schöne Sitten mehr zu pflegen. Die Teilnahme steht jedem frei. Anmeldungen sind an den Verband Rarischer Wandervereine E. V., Nieberhöfenhausen, Schloßallee 42, zu richten.

Auch eine Kriegserinnerung.

Ein Protest gegen den eisernen Hindenburg.

Die Attentate auf die Kunst, die während des Krieges nur zu häufig aus kriegspatriotischen Gründen verübt wurden, schienen keinen Protest der Kunstlerwelt ausgelöst zu haben. Aus dem Angewandten von „Kunst und Künstler“ ergibt sich aber jetzt, daß es doch ein Fühlsein von Kunst und Künstler gibt. Der inwärtigen geistlichen Bildhauer Quailon hat gegen die Aufstellung des eisernen Hindenburg auf dem Königsplatz an den Berliner Oberbürgermeister Wermuth einen geharnischten Protest gerichtet, der, um so mehr an die Öffentlichkeit gedrungen, da das Ungeheum immer noch an seinem Platz thronet. Quailon schrieb:

„Diese an Ew. Erzellenz — als verantwortliche Instanz — gerichteten Stellen sind ein Protest gegen die Aufstellung einer derartigen Geschmackslosigkeit, der den Vorwurf, sie nicht verbunden zu haben, nicht ausreicht. Die Idee, eine Porträtskulptur zu benagen, ist an und für sich trivial und barbarisch. Die Ausführung dieser Idee aber ist in diesem Fall jeder Beschreibung. Das künstlerische Niveau ist unter dem der Rahmentafelbudenfiguren. Ich erinnere mich nicht, je etwas Scherhaufener gesehen zu haben. — Durch die Förderung dieser Sache ist ein Verbrechen an der Volkseele begangen, das durch den Gewinn der paar Millionen, die eventuell für Unterstellungen dabei herauskommen, nicht gerechtfertigt werden kann. Das Volk, das in unireim Lande leider noch immer ein sehr geringes Kunstverständnis hat, steht nun in frommer Begeisterung bewundernd vor einer Abscheulichkeit. Es wäre zweifellos für die Volkserziehung vorteilhafter, wenn diese erzeigende Nationalwallfahrt auch zu einem schönen Kunstwerk hätte führen würde. Es ist hier ein Schaden an dem Volksgedächtnis verübt, der durch jahrelangem Arbeit in diesem Sinne längerer Künstler und Kunstschaffender kaum wieder gutzumachen ist. Es ist unnötig, daß wir Galerien haben, in die Volksschulen geführt, es ist unnötig, daß Vorträge zur Deutung des Gedächtnis und zur Propagandierung der Kunst gehalten werden, wenn die verantwortlichen Spitzen der Metropole derartige Barbarei unterstützen. Die Errichtung dieses Hindenburgdenkmals ist aber auch noch eine internationale Blamage, und wir können Gott danken, daß in diesem Augenblick keine Fremden in Berlin sind; es wäre schwer, sich gegen das Präsidat Barbar zu verteidigen.“

Ich bin gebotener Berliner, ich liebe meine Vaterstadt und möchte, sie glücklich zu wissen vor Verunstaltungen, auch wenn sie nicht dauernd bestehen sollen.

Ich richte diese Reilen an Ew. Erzellenz in der Erwartung, daß künftig bei Angelegenheiten, die die Kunst betreffen, sich die maßgebende Behörde durch sachkundige und verständige Fachleute beraten läßt.“

Obwohl die Stadt Berlin an der Errichtung des Bildwerkes so gut wie nicht beteiligt war, glaubte Herr Wermuth die moralische Verantwortung dafür freudig mitübernehmen zu sollen. Die Fort-

Nationalversammlung.

(Schluß aus der Beilage.)

Präsident Behrendt eröffnet die Sitzung von neuem um 14 Uhr.

Am Ministertisch: Müller, Erzberger.

Die Gesetze betreffend den Anleihekredit für 1910, die Ausführung des Friedensvertrages und endlich Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages werden in zweiter Beratung miteinander verbunden.

Verichterstatter Abg. Grünwald (Dem.) stellt fest, der Plan, die angeforderten neun Milliarden des Anleihekredits durch eine Prämienanleihe aufzubringen, sei im Ausschuß nicht so auf grundsätzliche Gegnerstimmungen wie auf allerlei praktische Bedenken gestoßen. Der Finanzminister werde aber nur im Einverständnis mit dem auf Grund des Gesetzes gegen die Kapitalabwanderung eingeführten Ausschusse vorgehen können.

Abg. Krenn (Soz.): Im Interesse der Fortführung der Geschäfte des Reichs werden wir die Kredite bewilligen. Wir erwarten aber Sparlichkeit. Gegen einzelne Bestimmungen werden wir stimmen.

Abg. Dr. Eugenberger (Dnat. Sp.) protestiert im Namen seiner Fraktion gegen die Schnelligkeit der Beratungen und Ausschussarbeiten und fährt fort: Ausdrücklich erkläre ich vor dem Haupte, daß die Aufgabe der Opposition durch diese Art der Geschäftsbehandlung unmöglich gemacht wird. (Unruhe links.) Sie schneiden grundsätzlich die Kritik ab. Wir werden nur acht Milliarden bewilligen, weil wir anerkennen, daß die Finanzverhältnisse eine Erfüllung der Regierungsfonds verlangen. Die Entschädigung der Needer und Auslandsdeutschen begrüßen wir mit Befriedigung, dagegen wünschen wir nicht, daß die neuen Schiffe auf reichsweitem Wasser gebaut werden. Mit der Streichung einer Milliarde wollen wir bezugnehmen, daß wir zu dem augenblicklichen Finanzminister kein Vertrauen haben, weil seine Verwaltung nicht genügend durchsichtig und klar ist und weil wir befürchten, daß auf manchen Gebieten schwere Mißstände vorhanden sind. Es war kein glücklicher Griff, den jeglichen Finanzminister in seine Stellung zu bringen. (Lachen links.) Vom Standpunkt des Landes aber haben wir die schwere Sorge, daß Erzberger, der uns den Krieg verloren hat und den Waffenstillstand verdrat, durch seine Finanzpolitik noch die Wirtschaft des Volkes zugrunde richten wird. (Sehr richtig! rechts; Unruhe links.) Nirgends Klarheit und Wahrheit, und doch werden sie bei Steuern und Anleihen qualvoller gebraucht. Dieselbe Leichtfertigkeit der Auffassung zeigt sich bei dem Problem der Prämienanleihe. In unverantwortlicher Weise wird die ganze Finanzreform auseinandergerissen. Wir werden diese Vorlage ablehnen. (Beifall rechts.) Die beiden Gesetze zur Ausführung des Friedensvertrages werden dem Volke nahegebracht, wie durch den Friedensvertrag unser Glück und unser Wohlstand, unsere Selbstbestimmung und unsere Freiheit preisgegeben worden sind. Die beiden Gesetze legen weitgehende Befugnisse in die Hand einer einseitigen Parteiregierung, die bei der Befugnis der Kammer sich lediglich von einseitigen parteipolitischen Gesichtspunkten leiten läßt. (Beifall rechts; Widerspruch und Lärm links.) Wir fürchten, daß durch ihre Steuern, durch ihre Sozialisierung, durch diese Gesetze

das Letzte im Deutschen Reich umgeworfen

wird, was noch zu einer Befundung führen könnte. Nicht die Herren Bauer und Erzberger regieren im Grunde genommen das Deutsche Reich, sondern Reich und Volk sind unsere wirklichen Ministerpräsidenten. (Beifall rechts; Gelächter und Lärm links.) Ansonsten haben diejenigen, die noch lebend geblieben sind (Zurufe links: Sie sind doch nicht lebend!), die Pflicht, zu warnen und auf die verheerenden Folgen dieses blinden Wütens hinzuweisen. (Lebhafte Beifall rechts; lärmender Widerspruch links.)

Reichsfinanzminister Erzberger:

Die Art und Weise, wie der Vorredner sein Angriffsmaterial zusammengetragen hat, und seine maßlosen Übertreibungen entbehren mich der Verpflichtung, auf alle Einzelheiten einzugehen. (Sehr richtig! links; Lachen rechts.) Dr. Eugenberger erhebt zunächst den Vorwurf, es werde in der Nationalversammlung zu rasch gearbeitet. Rühmlich — nur immer langsam voran, daß der konterpointe Landsturm nachkommen kann. (Beifall und Geister links.) Deutschland kann nicht warten.

der Wiederaufbau

muß unerbittlich in Angriff genommen werden, und wer der Regierung dabei in den Arm fällt, der treibt Deutschland vollständig in den Ruin hinein. Der Friedensvertrag hat aber unsere Leistungen genau umschrieben. Wir haben 140 000 Stück Vieh zu liefern und soviel an Maschinen, als feinerzeit auf Initiative des Herrn Eugenberger aus Belgien und Nordkanal weggelobt (Hört! hört!) oder gestiftet worden ist. (Stürmischer Widerspruch rechts; Rufe links: Ruhe!) Dr. Eugenberger behauptet weiter, die Kammer würden jetzt nach einseitigen parteipolitischen Gesichtspunkten handeln. Wo sind denn im alten Regime die Männer aus dem Zentrum, aus der Demokratie, aus der Sozialdemokratie gewesen, die überhaupt zu wichtigen Staatsämtern aufgezogen wurden? Wenn wir jetzt dazu übergehen, befähigte Männer aus diesen drei Parteien zu Staatsämtern heranzuziehen, so machen wir damit nur ein

jahrzehntelang geliebtes Unrecht

wieder gut. (Beifall bei der Mehrheit.) Was die Angriffe gegen meine Person betrifft, so wiederhole ich, was ich schon einmal gesagt habe: Solange ich das Vertrauen der Mehrheit dieser Versammlung und meiner Fraktion habe, werde ich als Reichsfinanzminister an meinem Platze bleiben. (Beifall.) Aber wenn Sie (noch rechts) schon einmal persönlich den Kampf gegen mich führen wollen, dann wenigstens mit etwas mehr Wahrheit und Ehrlichkeit. (Lebhafte Beifall bei den Mehrheitsparteien; stürmischer Widerspruch und Lärm links bei der Minderheit.) Gegen erneute Anrufe der Deutschnationalen, die in dem tosenden Lärm auf der Tribüne nicht verstanden werden, wendet sich der Minister mit der Bemerkung:

Ich verbitte mir diesen ungesägten Zwischenruf.

(Minutenlange lärmende Unruhe). Solche Äußerungen wie Sie (zur Mehrheit) sie aufführen, sind früher nicht möglich gewesen. (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien.) Sie sind gewöhnt zu herrschen und können sich an den neuen Zustand nicht gewöhnen, daraus erklärt sich Ihre Erbitterung. (Erneuter großer Lärm rechts. — Lebhafter Beifall links.) Auch die nachfolgenden Ausführungen des Finanzministers drängen gegenüber den unaufgelesenen Zwischenrufen nicht immer durch.

Der Abg. Eugenberger hat keinen einzigen sachlichen Vorschlag gemacht. Wenn man dem Antrage folgen würde, dann wäre es beispielsweise unmöglich, einen Antrag sämtlicher Parteien also einschließlich der Deutschnationalen, auszuführen nach dem den Hinterbliebenen von Kriegern eine einmalige außerordentliche Beihilfe gemährt werden soll. (Lebhafte Hört! hört! links. — Inhaltender Lärm rechts.) Eine Prämienanleihe würde von unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen begleitet werden. (Zuruf rechts: Kommi drauf an wie man sie macht!) Diesen Weg können wir jedenfalls nur in der äußersten Not beschreiten. (Zuruf rechts: Dann ist es zu spät!) Lassen Sie sich durch die parteipolitischen Ausführungen des Abg. Eugenberger nicht beeinflussen und nehmen Sie die Vorlage an, damit es uns für die nächsten drei Monate möglich ist, die dringlichsten und notwendigsten Aufgaben finanziell zu sichern. (Lebhafte, sich wiederholender Beifall.)

Abg. Dr. Haas (Dem.):

Wir bewilligen die 9 Milliarden ohne Vorbehalt. Der Haushaltsausschuß hat uns vorgeschlagen, den Reichsfinanzminister auch zur Ausgabe von Prämienanleihen zu ermächtigen und im

§ 3 der Ausführungsvorsätze so, er sogar das Recht erhalten, diese Anleihe mit fremdenlichen Vorkäufen auszustatten. Wir will scheinen, als ob auf die Dauer das Verhalten der Sozialdemokraten sich mit den Grundgeden der Demokratie nicht verträgt. Wir unsererseits haben keine Lust

wenn die Mehrheitsparteien sich nicht einigen,

durch unsere Stimmen für Erzberg zu soogen. Was die beiden Gesetze zur Ausführung des Friedensvertrages betrifft, so hätte der Minister Erzberger nicht den Versuch machen sollen, die Folgen des Friedensvertrages in unklarem Lichte erscheinen zu lassen. Das Volk will und muß

die volle Wahrheit

erfahren. Die zugesagten Auslieferungen sind tatsächlich nur Abschlagszahlungen. Wir sind da völlig in der Hand unserer Feinde. Uns bleibt nur die Hoffnung, daß dieser Friedensvertrag nicht ewig bestehen wird. Der Vertrag wird letzten Endes auch ein Unglück für unsere Feinde sein. Die vertriebenen Völker, wie auch die Auslandsdeutschen, die entschädigen, dem Jammerzustand ein Ende zu machen, daß sie bis jetzt lediglich ihren Schaden anmelden konnten, bietet das Enteignungsgesetz die Möglichkeit.

Bei der Ausführung des Gesetzes zur Erfüllung des Friedensvertrages wird der Reichsausschuß darauf zu achten haben, daß keine Günstlingswirtschaft getrieben wird und daß der Geist der Bürokratie nicht wieder die Oberhand gewinnt.

Abg. Burm (U. Soz.):

Die beiden Entwürfe, die den Friedensvertrag betreffen, nehmen wir an. Anders stehen wir zum Kreditanleihegesetz. In der Vorlage nach dem Ausschussbeschlusse ist uns der Vorschlag der Prämienanleihebewirtschaftung das widersätzliche. Es zeigt, wie tief die Finanzpolitik des Reichs bereits gesunken ist. Ein Staat in solcher Lage wie das Deutsche Reich hat das Recht, zur Zwangsanleihe zu greifen. Wir stimmen für die Entschädigung, die der Ausschuss vorschlägt, die Reichsregierung zu erlauben, dafür zu sorgen, daß der Bau unserer Handelsflotte auf reichsweitem Wasser und in Reichsregie vorgenommen wird. Einer Regierung, die

unser Vertrauen nicht hat,

können wir den Anleihekredit nicht bewilligen. Statt in Oberschlesien mit den Parteien verständig zu verhandeln, geht man mit Standrecht und Arbeitszwang gegen sie vor. Herr Kofke hat immer noch nicht festgestellt, ob er tatsächlich seine sozialdemokratische Vergangenheit als einen Irrtum erklärt und verleugnet hat.

Reichswirtschaftsminister Schmidt:

In Oberschlesien haben wir den Weg der Verständigung und Verhandlungen beschritten, obwohl die dortigen Vorgänge zweifellos nicht auf irgendwelche gewerkschaftliche Organisationsfähigkeit oder gewerkschaftliche Forderungen zurückzuführen sind, sondern die Arbeiter bestimmten innerpolitischen Streitigkeiten dienstbar gemacht wurden. Die Verhandlungen mußten also fruchtlos sein. Dennoch hat der Oberkommissar in Oberschlesien den Weg betreten. Behauerlich genug hat weder der Abg. Burm noch irgend einer seiner Freunde sich dafür eingesetzt. Gewaltmittel werden wir nicht zum Vergnügen und ohne Not an, sondern wie in diesem Falle nur zur Abwehr. Gegen eine

gewissenlose aufgebezte Arbeiterchaft,

gegen Plünderung und Raub muß aber eine Regierung auftreten. Niemand sind Gewaltmaßnahmen so unangenehm wie Roste. Er hat sie nur unter äußerstem Zwang ergriffen. Unsere Leute sind öfter schändlich zu Tode martriert worden. (Hört! hört!) Gegen ein solches Hausrecht müssen wir die Grundlagen allen Rechtes wieder herstellen. München, Hamburg und Bremen sind die Stätten einer brutalen Gewaltherrschaft, wie sie die deutsche Geschichte noch nicht gekannt hat.

Abg. Dr. Nießer (D. Sp.):

Unser Unglück ist das Schwinden jeder Autorität im Staate, besonders, daß man das Meer besetzt oder verladen ließ. Mit Annahme des Gesetzes hoffen wir Ruhe, Ordnung und Sicherheit des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens zu schaffen.

Abg. Dr. Heim (b. l. Fraktion):

Die Frage der Prämienanleihe ist vorständig zu behandeln. Der Ernährungsfrage ist die nötige Aufmerksamkeit nicht geschenkt worden. Sachgemäße Anwendung der Kredite kann die Beförderung beschleunigen zum Wohle erst recht der Konsumenten.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Die Prämienanleihe werden wir so ausgestalten, daß sie der Kapitalbesteuerung dient.

Reichswirtschaftsminister Schmidt:

Ich gebe zu, daß die Ablieferung von Getreide augenblicklich nur eine sehr mäßige ist. Ich sehe die Sache aber nicht so trübsam an wie der Abg. Heim, und hoffe, daß die landwirtschaftlichen Kreise in Erkenntnis des Ernstes der Situation ihrer

Ablieferungspflicht genügen

werden, und zwar ohne das Mittel der Einführung besonderer Fruchtzuschüsse.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

In der Einzelberatung werden hierauf die §§ 1-3 des Gesetzesentwurfes betr. Anleihekredit angenommen. Zu § 8 wird ein Antrag Lohde (Soz.), Barlage (Zentr.) angenommen, wonach Befreiungen von der Einkommensteuer oder Minderungen dieser Steuer unzulässig sein, sollen.

Der Rest des Gesetzes wird unverändert angenommen. Ebenso die vom Ausschuss vorgeschlagene Entschädigung. Hierauf wird das Gesetz auch noch in dritter Lesung unverändert angenommen, ebenso in zweiter und auch noch in dritter Lesung ein Bloc des Ausschussentwurfes und das Gesetz über Enteignungen und Entschädigungen; letzteres mit einer vom Ausschuss vorgeschlagenen Entschädigung, wonach bei den Beschlagnahmen und Enteignungen die schonungsbedürftigen Kriegsteilnehmer und die Hinterbliebenen von Kriegern besonders berücksichtigt werden sollen.

Abg. Dr. Einzbrimer (Soz.) erwidert danach Bericht über die Wahl eines Untersuchungsausschusses, der die Aufgabe haben soll, festzustellen, wieviel während des Krieges von der Regierung schuldbar gehandelt worden ist. Das Haus wählt den Untersuchungsausschuß in der vorgeschlagenen Zusammensetzung.

Eine Interpellation Frau Dransfeld (Zentr.) fordert Veranziehung der Frauen zu sozialpolitischen Maßnahmen, Frau Baum (Dem.) begründet sie, Arbeitsminister Schicks sagt Erfüllung zu.

Eine Entschädigung aller Parteien für die

Befreiung der Kriegsgefangenen

wird nach einer Rede Behrendts einstimmig angenommen. Auf Antrag Lohde (Soz.) beschließt man, den Wortlaut in aller Welt durch Pressenachdruck zu verbreiten.

Es wird dann auf Antrag aller Parteien ausschließlich der Deutschnationalen und der Unabhängigen beschlossen, den Nationaltheater in Weimar 800 000 M. zur Pflege von Volksoorstellungen zu überweisen. — Staatsminister Pauken dankt. Zur Erinnerung an die Nationalversammlung wird am Eingang des Hauses eine Marmortafel angebracht werden.

Schluß 10 1/2 Uhr. Morgen früh 8 Uhr: Betriebsratsgesetz.

Die Vereidigung des Reichspräsidenten Ebert findet am Donnerstag nachmittag 5 Uhr statt, nicht, wie bisher gemeldet, 6 Uhr.

Reichsberwertungsstelle, daher ist die Anzeigengelegenheit durchaus einwandfrei. Die Gewehre waren, bis sie auseinandergenommen, fertig zum Gebrauch (sie dürfen nur zerlegt verhandelt werden).

Wir wurde nun gelogt, daß man am dortigen Plage Ausfußergenehmigung bekommen könnte, und daß diese Gewehre bis 100 M. und darüber bezahlt würden.

Ein großer Teil der Gewehre ist noch neu, der andere Teil ist sehr gut erhalten und ungefähr je zur Hälfte bestehen die Holzteile aus Kirschbaum und Buchenholz.

Der Betrag muß vorher bei einer hiesigen Bank deponiert werden; ich lasse mir dann den Betrag jedesmal auf Duplikatfrachtbrief auszahlen, und zwar werden voraussichtlich jedesmal 10-12 000 Stück verladen. Die Angelegenheit eilt sehr; falls Sie Interesse haben, rufen Sie mich bitte telefonisch an (ich habe Wohnort im Hause, Sie brauchen also nur Benutzen bei Paderborn anzumelden). Sollten Sie kein Interesse für diesen Artikel haben, empfehlen Sie mich evtl. in Ihrem Bekanntenkreise, woher ich dann schon im voraus danke.

Ich lege Ihrer gefl. Nachricht, evtl. Gebot, gern sofort entgegen und zeltene. Godtschald Franz Brand.

Nach dem Vorbergefassten kann kein Zweifel darüber bestehen, für welchen Zweck diese Waffen bestimmt sind.

Generalversammlung der S. P. D.

Bestern tagte im ehemaligen Herrenhaus die Generalversammlung der Berliner Mitglieder der S. P. D., um den Bericht des Vorstandes für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März entgegenzunehmen.

Die Berichtsperiode zeigt ein kurvenhaftes Ansteigen der Parteifähigkeit, sowohl in finanzieller Hinsicht, wie auch in puncto Stählung der Kampfständigkeit aller Mitglieder. Wenn auch von unabhängiger Seite uns nachgerühmt wird, unsere Partei hat die galoppierende Schwindsucht, so fühlen wir uns bei dieser Aussage sehr wohl.

Die Einnahmen betragen:

für 14 078 Eintrittskarten a 20 Pf.	2 835,00 M.
55 474 Beitrittsmarken a 60	33 284,40 .
9 519 a 80	2 855,70 .
freiwillige Beiträge und Spons	1 614,80 .
Zelleinnahmen	2 977,18 .
Sonstige Einnahmen	4 847,90 .
Ressendstände der 6 Berliner Kreise	9 960,64 .
Zusammen	67 381,72 M.

Dem steht eine Ausgabe von insgesamt 31 271,19 M. gegenüber. Der Kassensaldo in den Abteilungen beträgt 2 150,98 M., so daß am Schluß des Berichtsabschlusses ein Gesamtbestand von 26 718,53 M. vorhanden ist.

Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden Schlegel gibt Genosse Sattloch zu dem Tätigkeitsbericht einige zusammengefaßte Erläuterungen: Der Zusammenschluß der 6 Berliner Kreise vollzog sich unter großen Schwierigkeiten. Auch die Unabhängigen gehen heute zu diesem System über. Wir hatten zum Zwecke der Durchführung der Wahlen allein 720 Versammlungen. Die Zusammenkünfte in unseren Reihen haben uns nicht geschadet, sondern unsere Meinungen nur geklärt. Die Unabhängigen sagen, wir geben bei den nächsten Wahlen einen blauen Wunder entgegen; wir gehen mit Ruhe diesem blauen Wunder entgegen. (Sehr richtig!) Redner erläuterte unter gespannter Aufmerksamkeit den inneren Aufbau der Organisation, die Verteilung der einzelnen Arbeitsgebiete und die Befreiung der einzelnen Kreise. Wir müssen uns daran gewöhnen, die Offensive nicht nur gegen rechts, sondern auch gegen links zu ergreifen. Die Einigung auf dem Boden der Räteffektivität, wie sie Unabhängige und Kommunisten wünschen, ist keine Einigung. Wirken Sie dahin, daß jeder Wille bei uns in die gleiche Richtung für uns gewinnen läßt. (Beifall.) Namens der Revisoren beantragte Stielow, dem Kassierer Entlastung zu erteilen.

Den Bericht der Prekominmission gibt deren Vorsitzender, Genosse Franz. Der größte Teil der Beschwerden wurde in parteiöffentlicher Weise mit den Beschwerdeführern beigelegt. Der alte Wunsch unserer Mitglieder, eine Abendausgabe herauszugeben, ging endlich in Erfüllung. Wie recht wir damit taten, beweist die starke Zahl der „Vorwärts“-Leser. Im Zusammenhang damit steht eine verstärkte Befreiung der „Vorwärts“-Redaktion. Der Mangel an fähigen Redakteuren macht sich sehr bemerkbar, so daß der Parteivorstand fortlaufend Volontäre einstellen muß. Die starke Inanspruchnahme der juristischen Sprechstunde mit 7441 Auskünften zeigt die steigende Wirkung dieses Instituts. Die Auflage des „Vorwärts“ betrug am 14. März 1919 die bisher höchste Ziffer von 708 000 (ein Drittel, der natürlich nicht gehalten werden konnte. Red. d. „Vorw.“) Wie gehen jetzt daran, mit Hilfe der Zeitungsrevisionen und unserer Vortragsfrauen die Beschwerden über unpünktliche Zustellung auf einen Nullpunkt herabzubringen. Redner gedenkt des verstorbenen modernen Genossen Bahmisch.

Er geht dann auf die eingereichten Anträge ein. Die Genossen der 3. und 4. Abteilung beantragen: Die unter Groß-Berliner Parteivorsitz erzielten erfolgreichen Bekanntmachungen an der Spitze des lokalen Teils erfolgen zu lassen. Genosse Franz empfiehlt Ablehnung. Dagegen beantragen diese Abteilungen: Den Vorstand zu beauftragen, mit der Prekominmission in Verbindung zu treten, um mehr Aufsätze finanzpolitischer, steuerpolitischer und allgemein wirtschaftspolitischer Art erscheinen zu lassen. Die Genossen der 6. Abteilung beantragen: Allen mindestens 2 Kopie arbeitslosen Parteigenossen ist der „Vorwärts“ gratis zu stellen.

An der Diszussion nimmt als erster Redner Niebeling das Wort: Vielen unserer besten Parteigenossen sind politische Anknüpfel zwischen die Beine geworfen worden. (Lebhafte Widerspruch.) Der Einigungsummel ist etwas anders, als ihn Vaitloch hielt. Es stehen zu wenig S.P.D.-Genossen auf dem Boden der Einigung. Die ausgearbeiteten Richtlinien sollten für uns grundlegend sein. Die Führer sollten uns keine Anknüpfel zwischen die Beine werfen. Der Kampf nach rechts ist die Vorbereitung eines sozialistischen Kampfes. Dr. Casparz spricht zu den Anträgen und der Einigungsummel. Wer die Einigung zustandbringen will, muß Charakterfestigkeit besitzen, und daran fehlt es Ihnen, Genosse Niebeling. (Zustimmung.) Niebeling meldet sich zum zweitenmal zum Wort.) Nach den Erörterungen des Redners denken sich die Unabhängigen die Einigung als ein Unterfischen unter ihr Rätefischen.

(Bei Schluß des Berichtes dauerte die Versammlung fort.)

Scheidemanns Rückkehr. Die Unabhängigen verbreiten überall, daß Scheidemann, der gegenwärtig in der Schweiz einen Erholungsurlaub verbringt, gestrichelt sei, um sein Leben in Sicherheit zu bringen und sein Vermögen vor dem Zugriff der deutschen Steuerbehörden zu schützen. Der reichsverbandlerische Schwindel ist zu unheimlich, als daß es sich lohnte, ihm entgegenzutreten. Auf eine bestimmte Anfrage hat Scheidemann durch folgende Postkarte erwidert:

„Zurzeit Badenwil, 8. 8. 19.“

Nachdem ich Millionen unterschlagen und Billen in Dänemark und der Schweiz gekauft habe, wäre es kleinlich von mir, wenn ich mir beim Mittagmahl nur achtmal auftragen ließe. Unter 16 Gängen tut ich's grundsätzlich nicht. Heidelbeeren esse ich nicht, berge doch zu essen, die freche ich gleich provinzweise. Aber trotzdem habe ich mich in der würzigen Schweizer Luft trefflich erholt, so daß ich Ende August daheim wieder ins Geschäft gehen kann. Ich habe die Absicht, das gründlich zu tun. Beste Grüße.

Scheidemann.

Nationalversammlung.

Sitzung vom Mittwoch.

Aus Regierungskreise: Ergbenzer, Dr. David, Müller.

Auf der Tagesordnung steht zuerst die zweite Beratung des Erbschaftsteuergesetzes.

Graf Posadowski (Dnat. Sp.): Der Ausschuhbericht ist uns erst heute morgen zugegangen. Mit der Erledigung des Gesetzes können wir uns nur einverstanden erklären, wenn die vom Ausschuh vorgeschlagenen Änderungen nicht angenommen werden.

Reil (Soz.): Es mag richtig sein, daß die Vorlage erst heute morgen den Parteien zugestellt worden ist. Geändert ist sie aber nur wesentlich hinsichtlich des Tarifes. (Zuruf rechts: Das ist aber doch die Hauptsache! Hört, hört! links.)

Das Haus tritt in die Beratung der Vorlage ein. Nachdem Beder-Oeffen (D. Sp.) den Ausschuhbericht verlesen hat, bemerkt

Reil (Soz.): Das Gesetz bedeutet auch eine Revision der ganzen Wirtschaftsordnung. Wir mühten rasch arbeiten, und daher ist die Steuerentwurf nicht befriedigend ausgefallen. Aber

jeder Tag des Jügers bringt dem Reich einen Verlust von 2 Millionen Mark.

Die Erbschaftsteuer ist die eigentliche große dauernde Besitzsteuer, und sie wird weiter ausgebaut werden müssen, um so mehr, als wir mit Verbrauchssteuern überreichlich gesegnet sind, die die breiten Massen belasten. Oft und laut und nur zu begründet wird der Ruf nach Arbeit an das Volk gerichtet. Wie verträglich ist das damit, daß ein Teil des Volkes, auf Grund des Erbrechts im Besitz geistert, keine Pflicht zur Arbeit kennt?

aufsteigender Luxus

Bemerkbar. Vielleicht ist es politisch ein Glück, daß die Massen das Treiben in den großen Vadeborien nicht mit ansehen können. Unser Wirtschaftsleben kann die Belastung der Reifendarmen ohne Schaden ertragen. Wenn wir im März an die Arbeit noch einmal herangehen, dann muß auch erzwungen werden, ob wir die Nachlasssteuer nicht auch auf Schenkungen ausdehnen, wie wir überhaupt die Besteuerung des Erbes nicht nur verschärfen, sondern auch individualisieren müssen.

Raschig (Dem.): Dieses Gesetz kommt einem alten Wunsch unserer Partei entgegen, indem es endlich die Besteuerung des Kindes- und Gattenerbes bringt. Ohne diese Besteuerung waren bisher 80 Proz. aller Erbanfälle der Erbschaftsteuer überhaupt entzogen. Erst jetzt wird das alte Goethe'sche Wort zur Wahrheit: Was du ererbst von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen. Der Ertrag des Gesetzes wird nach den Vorschlägen des Ausschusses über 800 Millionen jährlich sein.

Sampe (Dnat. Sp.): Die Vorlage der Regierung hätten wir ohne weiteres angenommen, aber die Ausschuhvorschläge geben uns zu weit. Das deutsche Wirtschaftsleben wird durch eine solche konfiskatorische Steuer zugrunde gerichtet.

gegen das ganze Gesetz stimmen, wenn die Vorschläge des Ausschusses angenommen werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Marekly (D. Sp.): An der Regierungsvorlage haben wir freudig mitgearbeitet, haben aber die erheblichen Bedenken gegen die Verschärfung, wie sie in zweiter Lesung des Ausschusses beschlossen worden ist. Die Sätze des Ausschusses haben die Grenze der Erhaltung der Leistungsfähigkeit unseres Wirtschaftslebens weit überschritten. Sie bedeuten eine Begrenzung des Vermögens, und das wird den Erwerbssinn und den Sparsamkeitstrieb in weitestem Umfange lähmen.

Burm (U. Soz.): Der Rat gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, hat eine Regierung, in der zwar Sozialisten sind, die aber keine sozialistische Weltanschauung besitzen, eine Erbschaftsteuer eingebracht, die in den bestehenden Kreisen große Beunruhigung hervorgerufen hat, aber nach unserer Meinung noch lange nicht weit genug geht. Mit dem Schreckgespenst der Erdrückung des Erwerbs- und Sparsamkeitssinnes schreckt man nur nationalökonomische kleine Kinder.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Spezialberatung wird zu § 7 ein Antrag Beder-Oeffen betreffend Steuerfreiheit auch der vor dem Kriege erworbenen Gegenstände von geschichtlichem, kunstgewerblichem oder wissenschaftlichem Wert abgelehnt.

Zu § 25, der die Steuerhöhe enthält, liegen Anträge der beiden Parteien der Rechten vor auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Beder-Oeffen befürwortet diese Anträge. Die vom Ausschuh beschlossenen Sätze bedeuten nahezu eine Verdoppelung der Höhe der Regierungsvorlage und gingen auf Verstaatlichung des Vermögens aus.

Rosenstein (Soz.): Wenn Sie (zur Rechten) draußen im Lande zeigen wollen, daß Sie sich der bedrohten Interessen der großen Vermögen annehmen wollen, so können wir Ihnen allerdings beistimmen, daß sich diese Interessensvertretung bei Ihnen in den besten Händen befindet. Die sollen wir denn die großen notwendigen Geldmittel aufwenden? (Zuruf rechts: Regierungsvorlage!) Die Regierung hat sich überzeugen lassen, daß die großen Vermögen noch stärker besteuert werden können. Gegenüber den Drohungen der Rechten stellen wir fest, daß die Kreise, die bereit gewesen sind,

Gut und Blut der anderen zu opfern,

und deren Politik zahllose Menschenopfer gekostet hat, sich schühend vor die großen Vermögen stellen. (Beifall links, Unruhe rechts.)

Gröber (Zentr.) macht darauf aufmerksam, daß die Ausschuhfassung erst nach einem Vermögen von 150 000 Mark von der Regierungsvorlage abzuweichen beginnt und erst bei den ganz großen Vermögen sich wirklich verschärft. Das lasse sich angesichts der heutigen Notlage durchaus ertragen.

Blund (Dem.): Bei der ungeheuren Notlage des Reiches muß der Besitz im vollen Umfange herangezogen werden. Die Wirkung der Ausschuhentwürfe hat Dr. Beder außerordentlich übertrieben.

Nach einer Entgegnung des Abg. Beder-Oeffen wird § 25 unter Ablehnung der Anträge der Rechten in der Ausschuhfassung angenommen, ebenso der Rest der Vorlage.

In der dritten Lesung, die sofort vorgenommen wird, findet keine Generaldebatte statt. Nachdem die einzelnen Paragraphen angenommen waren, erklärte zur Einleitung und Ueberschrift Abg. Dr. Beder-Oeffen, daß die Deutsche Volkspartei genötigt sei, das Gesetz in der nunmehr zustande gekommenen Fassung abzulehnen. Die gleiche Erklärung gibt Graf Posadowski namens des größten Teils der Deutschnationalen an. Einleitung und Ueberschrift werden genehmigt und hierauf in der Gesamtabstimmung das Gesetz gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und des größten Teils der Deutschnationalen endgültig angenommen.

Um 1 Uhr wurde die Sitzung bis 3 Uhr unterbrochen. (Schluß im Hauptblatt.)

Groß-Berlin

Arbeiterräte und Betriebsräte!

Die Arbeiterräte und Betriebsräte, die auf dem Boden der S. P. D. und der D. P. stehen, können die Plakate mit der Erklärung der Vollversammlung vom 18. August im Bureau des Vollzugsrats, Lindenstr. 114, vorn eine Treppe, abholen. Der Vollzugsrat.

Die Arbeitgeber zur Milchfrage.

Das Nachrichtenamt des Magistrats teilt mit: Die Zentralgenossenschaft für die Milchversorgung Groß-Berlins hat neuerdings wiederholt an die Fettstelle Groß-Berlins und deren Vorsitzenden Anträge gerichtet, die eine Erhöhung der dem Milchhandel gewährten Zuschüsse bezwecken und damit eine Verteuerung der Milch um etwa 20 Pf. pro Liter bewirkt haben würden. Auf Antrag der Fettstelle fand in der Staatlichen Vertretung heute hierüber eine Verhandlung statt, in der die Fettstelle eine Erhöhung der Zuschüsse ablehnen zu müssen glaubt. Die Meiereien ihrerseits erklärten, daß sie den mit den Arbeitnehmern vereinbarten Tarifvertrag nunmehr zur Ausführung zu bringen beabsichtigten, jedoch eine Zulassung ihrer Betriebe behufs Herabminderung der Kosten sich vorbehalten wollten; sie wollen an die Fettstelle mit dem Ersuchen herantreten, zu prüfen, wie etwa dadurch freierwerbende Arbeitskräfte anderweit untergebracht werden könnten. Ein Teil der Arbeitgeber bezieht sich zu dieser Abrede eine endgültige Erklärung vor. Trifft sie in Kraft, so wollen die Arbeitnehmer von weiteren Schritten absehen.

Frieden im Milchgewerbe.

In der gestern stattgefundenen Versammlung aller in den Molkereien betriebenen Beschäftigten berichtete Eißner (Zentralverband) über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern und der Fettstelle. Die 48 Proz. Zuschüsse der Fettstelle seien zum größten Teil von den Meiereien eingestrichelt worden und den Angestellten habe man die Gehälter nur sehr wenig aufgebessert. Im Tarifvertrag sei das Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen und Einstellungen gesichert. Die Arbeiter und Angestellten sahen sich durch die Verschleppung der Verhandlungen veranlaßt, ein Ultimatum bis zum 20. August zu stellen. Die Fettstelle habe dann eingegriffen und mit der Kommunalisierung der Betriebe gedroht. Ein dahingehender Antrag sei bereits von der Fettstelle dem Staatskommissar unterbreitet worden. Die Arbeitgeber hätten sich dagegen auf das Festigste gestraut. Trotz allen Sträubens der Arbeitgeber stimmten dieselben mit Ausnahme der Meierei Halle und der Interessengemeinschaft märkischer Milchproduzenten dem Tarifverträge zu. Die Gehaltsfrage entspreche den in der Meierei Groß-Berlin gezahlten. Sollten die beiden Betriebe nicht bis heute 12 Uhr ebenfalls dem Vertrage zustimmen, so werde man nicht in den Ausstand treten, sondern die Entlassung der Direktoren erwirken und auf die Kommunalisierung drängen. Die Molkereien haben aber nur zugestimmt unter der Bedingung, daß sie eine Zulassung der Betriebe vornehmen dürfen. Von der Fettstelle Groß-Berlin sei den Arbeitern und Angestellten versprochen worden, daß sie bei Zusammenlegung von Betrieben nicht entlassen werden, sondern in andere Betriebe überführt werden sollten.

Die Versammlung stimmte nach kurzer Diskussion den Vereinbarungen einstimmig zu.

Eine sozialistische Bildungsschule für Groß-Berlin.

Der Bezirksbildungs-ausschuh für Groß-Berlin plant die Errichtung einer sozialistischen Bildungsschule für Groß-Berlin, die bereits zu Beginn des Winters ihre Tätigkeit aufnehmen wird. Die Schule soll die Aufgabe haben, das sozialistische Wissen zu verbreiten, insbesondere den in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Genossen und Genossinnen das für ihre Tätigkeit notwendige geistige Rüstzeug zu beschaffen. Der Unterrichtsstoff soll zu diesem Zwecke in der Hauptsache den Gehalten der Geschichte, der Volkswirtschaft und des theoretischen und praktischen Sozialismus entnommen werden. Die Schule wird ihren Wirkungsbereich auch auf die Vororte ausdehnen und unter Mitwirkung der örtlichen Organisationen ebenfalls Vortragstische einrichten.

Erleuchtung.

45) Roman von Henri Barbusse. Berichtet von Max Hochdorf.

Wir wurden nach einer anderen Richtung abkommandiert. Wir verließen unseren alten Graben und stiegen wieder zur Erde hinauf. So gelangten wir vor einen großen Abhang, der uns die Aussicht versperrte und gleichzeitig gegen den Feind schützte. Als wir gegen den Abend den Abhang hinaufkamen, schwamm ein Rebellmeer auf uns nieder und darin schwankten flache Bodenstücke und Baumgespenster, und die Welt tanzte ringsherum und man marschierte wie von einer Welle umflutet. Die kohlige Feuchtigkeit verwandelte die kalte Luft in eine feste Hülle und eilige Schauer überrieselten uns. In Schwaden umschwirrte uns ein Bestäubchen. Manchmal deuteten fahle Kreuze, die an unseren Wegen standen, darauf hin, daß sich der Tod mit größerer Wucht niedergelassen hatte.

Es war unsere zehnte Nacht. Und diese Nacht, die nach all den bisherigen folgten, schien länger zu dauern als jede Nacht bisher. Die Begleitenden seufzten und fauchten und druckten. Plötzlich wurde in die Schwelthücker des Rebells der Gipfel des Abhangs eingeschritten, und das Lichtgewebe enthüllte unendlich den Kameraden, der vor mir einhermarschierte. Meine Augen, die hart auf dem Vordermann ruhten, entdeckten seinen schafledernen Ueberwurf und die Säbelkoppel und das übrige Lederzeug, das an den Schultern klebte und von den vollgestopften Patronentaschen, dem Bajonett und dem Spaten gestrafft wurde. Der runderliche Freisack war nach hinten geschwollen. Die Hülse war eingepackt und eingewickelt. Und ich sah weiter die Schloßdecke und den Fußsack und die Zeltbahn, die auf dem Rücken harmonisierförmig zusammengedrückt war, und über dem Ganzen lag der Eignapf, der den Kopf des Vordermanns überragte und wie ein trübliches Glöcklein kitzelte. Wie ein marschgerüsteter Soldat eine riesige schwere und mächtige Waffe ist, wenn man ihn von der Nähe betrachtet, wenn man nur ihn ganz allein betrachtet.

Dann wurde ein Befehl ausgegeben, der wohl nicht stimmte, oder den man falsch verstanden hatte. In der Kompanie entstand ein Hin- und Herbewegen. Man zog sich in Unordnung wieder zur Tiefe des Abhangs zurück. Da liefen

denn fünfzig Mann, die sich alle in schafledernen Ueberwürfen ähnelten, hier und da durcheinander. Und alles war ein wüstes Zusammenstreifen düsterer, schmächziger und gebrechlicher Menschenschöpfe, die nicht wußten, was sie tun sollten. Und um den ganzen Schwarm sprengten die Unteroffiziere herum, die mit Schimpfworten wütelten und alles wieder zusammenbringen wollten. Dann wurde die Ordnung wieder hergestellt. Ich sah wiederum das Schwanken der Menschen Schritte, das sich unter der weitgedehnten Schattenschwölzung dahinschlängelte und die Signalkarten warfen weißliche und bläuliche Lichtinseln nach allen Richtungen aus.

In der Nacht wurde Schnaps verteilt. Man sah beim Fadellichte, wie es in den Flaschen schimmerte und bedte. Diese Bemühtung zog aus unserem Innersten eine Weile lang Freude und Begeisterung. Der scharfe Strom der Flüssigkeit erweckte in uns tiefgreifende Regungen. Er straffte wieder unseren kriegerischen Mut, wir drückten wieder mit einer tolleren Luft zum Norden die Hüften an uns.

Aber die Nacht war länger als dieser Traum. Bald entglitt diese Gottheit, die sich über unsere Schatten geschwungen hatte, unseren Händen und unseren Köpfen, und dieses Ausschauern der Ruhmbegierde diente keinerlei Wirklichkeit.

Sogar die Erinnerung an diesen Rausch belastete das Herz nur mit Bitterkeit.

„Hast Du gesehen, nirgends hier herum Schützengräben!“ schimpften die Kameraden.

Und ein Querkopf sagte: „Und warum gibt es keine Schützengräben? Also pfeift man hier auf das Leben der Soldaten?“

„Quatsch!“ unterbrach der Unteroffizier, „was schadet denn das, wenn man hinten keine Schützengräben hat? Nur vorne muß man weiche haben. Quatsch!“

„Salt!“ Wir sahen, wie der Divisionsstab in dem Lichtbündel eines Scheinwerfers vorüberfuhr. Man hätte meinen können, daß plötzlich in diesem nächtlichen Tale ein Aufzug von Fürsten ankam, der aus einem unterirdischen Palaste hervorkam. Die Abzeichen an dem Kermel und an dem Halskragen tanzten und leuchteten. Ein Goldschimmer umschwebte die Häupter in dieser Gruppe der Erscheinungen.

Dieser blendende Anblick gab uns einen neuen Aufschwung und er brachte uns gewaltig ein neues Leben, genau so, wie er dem Nachtdunkel neues Leben einflößte.

Die Soldaten mußten seitwärts auf den ausgefahrenen Straßenweg treten, um die Straße freizumachen. So wurden wir wiederum in die dicke Finsternis hineingestellt und blickten all diesem Schauspiel zu. Jede dieser großen Persönlichkeiten fuhr in das Fächergeräusch dieses stäubenden Sonnenlichtes hinein. Und jeder von ihnen wurde für eine Weile von hellstem Lichte umgeben. Aber die verschmachteten Soldaten, die dort im Schatten standen, sahen verborgen, fast beschämt und demütig, sprachen mit leiser Stimme von diesen Männern, die gleich stammten den Fackeln vorüberfahren.

Die Offiziere, die zuerst vorüberfuhren, führten den Generalstab mit. Es waren Offiziere vom Regiment und dem Bataillon. Wir kannten sie. Die demütigen Erklärungen, die sich dort aus dem Schatten hervorkauten, bestanden wieder in Lobbrüchen, noch in Vermisshungen: Die einen sind gute, helllichtige Offiziere, die anderen sind nur Lebemänner oder Dummköpfe.

Man sagte: „Der dort hat schon viele Leute abmurksen lassen!“

Man sagte auch: „Für den dort würden sie sich alle umbringen!“

Belcan schloß alle Betrachtungen: „Der Infanterieoffizier, der wirklich seine Pflicht tut, der muß auch immer daran glauben.“

„Oder es ist nur der bloße Zufall.“

Und ein anderer: „Auch bei den Frontoffizieren gibt es schwarze und weiße Schafe. Im Grund, weißt Du was? Sie sind auch bloß Menschen. Manchmal fällt man auf einen Hümmel oder manchmal auf einen Irren Kerl. Nichts zu machen, ist immer nur der bloße Zufall.“

„Desto schlimmer für uns!“ Der Soldat, der das sagte, lächelte verlegen. Aber es fiel doch in Widerspruch von dem Klang der Vorgelegten auf ihn. Man las auf seinem Gesicht eine Fingabe, die mich an das liebliche Vächeln erinnerte, das ich ehemals auf den beschiedenen (Verstärker der einfachen Arbeiter wahrgenommen hatte. All die Kameraden, die da um mich herumstanden, dachten nur, daß alles, was geschah, ein gefährliches Gescheh sei. Und sie dachten kein Stück weiter. Sie sind alle untereinander gleich und in der Finsternis zusammengeballt, genau so, wie die Wogen der düsteren Volksmassen. (Fortf. folgt.)

Um die Bildungsarbeit zu vertiefen und systematisch zu gestalten, sind sowohl elementar einführende Kurse als auch Kurse für Fortgeschrittene vorzuziehen. Dadurch soll ein organischer Aufbau unseres wissenschaftlichen Bildungswesens geschaffen werden. Der Plan für die Errichtung der Schule, die zweifellos von großer Bedeutung für unser parteigenössliches Bildungswesen in Groß-Berlin werden und allseitig freudige Zustimmung finden wird, ist im Prinzip auch vom Bezirksvorstand der Parteiorganisation genehmigt worden. Sobald der Plan endgültig durchgearbeitet ist, werden wir darüber noch nähere Mitteilungen machen.

Um die Richtlinien unserer künftigen Bildungsarbeit in Groß-Berlin zu erörtern und den örtlichen Bildungsausschüssen praktische Vorschläge für ihre Arbeit im kommenden Winter zu machen, findet am Sonntag, den 14. September, vormittags 10 Uhr, im Jugendheim, Berlin S. W., Lindenstraße 8, eine

Konferenz der Bildungsausschüsse für Groß-Berlin

statt. Tagesordnung: 1. Die Organisation der Bildungsarbeit in Groß-Berlin (Ref. Weimann) 2. Die sozialistische Bildungsschule (Domnich) 3. Unsere künstlerischen Veranstaltungen (Dr. Guttman). Im Hinblick auf die Bedeutung der Konferenz werden die örtlichen Bildungsausschüsse ersucht, vollständig vertreten zu sein. Ebenso ist notwendig, daß die örtlichen Parteivereine, besonders soweit sie noch keinen Bildungsausschuß eingerichtet haben, einen Vertreter entsenden.

Das Sekretariat des Bezirksbildungsausschusses befindet sich jetzt Berlin SW. 68, Lindenstr. 8, 2. Hof, 1. 4. Etz. (Fernsprecher Reichsplatz 14714). Die Sekretariatsgeschäfte führt Genosse Rudolf Denewig, an den alle Zuschriften, in Bildungsfragen zu richten sind.

Eine Hochflut von Eheschließungen. Obwohl die Aussichten für die Erwerbs- und Existenzmöglichkeit einseitigen leistungswegs günstig sind, läßt die Heiratstendenz nichts zu wünschen übrig. Viele der Heiratskandidaten holen jetzt die Eheschließung nach, die sie in der Kriegszeit aufgeschoben hatten. Bald nach Beginn der Demobilisierung setzte eine Hochflut von Eheschließungen ein, die alle Erwartungen übertraf. Für Berlin brachte die erste Hälfte des Jahres 1919 bereits 12 487 Eheschließungen, während in denselben sechs Monaten des Jahres 1918 hier nur 7821 Eheschließungen wurden. Der diesjährige Halbjahresbericht geht auch weit über die Heiratszahl hinaus, die früher in Friedensjahren von den ersten sechs Monaten geliefert wurde. So war der Ertrag aus den Monaten Januar bis Juni z. B. in 1914 nur 9890, in 1918 nur 10 889, in 1919 nur 10 840. Die in 1919 beobachtete Häufung der Eheschließungen läßt naturgemäß dazu, daß auch die Nachfrage nach Wohnungen stark answillt. Die Heiratstendenz hat daher die unangenehme Nebenwirkung, die Wohnungsnot noch zu steigern.

Seht die Defen nach!

Wegen der mit Sicherheit für den Winter zu erwartenden Verfallminderung des Brennstoffpreises weist die Kohlenstelle Groß-Berlin darauf hin, daß die Rängel der Defen und Heizungsapparaturen zu einem unwirtschaftlichen Brennstoffverbrauch führen. Die meist abjährlich vorgenommenen Instandsetzungsarbeiten sind vielfach während des Krieges unterblieben, wobei die Hauswirte sich auf den Mangel an Arbeitskräften beriefen. Jetzt, wo Arbeitskräfte genügend vorhanden sind, sollten alle Defen und Heizungsapparaturen regelechtig und gründlich nachgesehen werden. Wo das nicht geschieht, werden die Meter gut tun, ihre Hauswirte, an diese Pflicht zu erinnern. Besonders in den Kleinwohnungen, der Mietkolonien sind die Defen oft so schlecht, daß trotz größtem Brennstoffverbrauch kein Zimmer warm zu kriegen ist. Wir empfehlen, daß in diesem Punkt die Wohnungsaufsicht nötigenfalls einen Druck auf nachlässige Hauswirte ausübt.

Gaushaltungen beim Neudöner Magistrat.

Gestern vormittag erschienen eine Anzahl Vertreter des Kriegswateramts und Mitglieder des Arbeiterrats und ließen die Eingänge zu den Bureaus des Lebensmittelamts besetzen. Gleichzeitig wurden die städtischen Lagerräume unter Kontrolle gestellt. Im Rathaus wurden die vorhandenen Vorräte des Lebensmittelamts von mitgebrachten Sachverständigen sofort einer Revision unterzogen. Belastendes Material für die Sicht konnte nicht ermittelt werden.

Aus den städtischen Kreisen Neudölln wird hieran mitgeteilt: Die Stadt hat nichts unternommen, was nicht auch von anderen Gemeinden in den letzten Jahren getan worden ist. Die Aufsichtsbehörden sollten endlich erkennen, daß Neudölln für eine Verbesserung zu sorgen hat, die Schleisshandelspreise nicht bezahlen kann. Die Stadt hat neuerdings für den Lebensmittelhandel eine besondere Gesellschaft auf kaufmännischer Grundlage gegründet. In letzter Zeit beantragte der Magistrat nun das Lebensmittelamt, überflüssige Lebensmittelmengen, die zum großen Teil durch staatliche Stellen für die Gemeinde im Mai und Juni zu verhältnismäßig hohen Preisen erworben worden waren und wegen dieser Preise in der Bevölkerung keinen Absatz fanden, anderweitig zu verwerten. Die Waren sind hauptsächlich Berliner Vororten und kleineren Vorortgemeinden angeboten worden und hierauf mögen die Denunziationen zurückzuführen sein. Der Magistrat sieht der Entwidlung der Dinge in Ruhe entgegen.

Der Falkenhagener Mörder verhaftet.

Gestern vormittag erlitten bei einem Spandauer Arzt ein junger Mann in Soldatenuniform, um sich eine Schußwunde verbinden zu lassen. Da er sich auffällig nervös benahm, schloß der Arzt Verdacht und benachrichtigte die Kriminalpolizei. Man sagte ihm die Kordratten an dem Arbeiter Lemm und dem Hilfsarbeiter Nielbock auf den Kopf zu. Wie eine Postkorrespondenz meldet, soll er daraufhin eingestanden haben, der Gesuchte zu sein. Es handelt sich um den bei Heirateten Arbeiter Schumann aus Spandau.

Großfeuer in Berlin-Nord. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch kam in der Kristianstraße auf dem Holzplatz von Karl Höhr ein gefährliches Feuer aus, das rasend schnell um sich griff. Der Holzplatz wurde mit fast den gesamten Vorräten ein Raub der Flammen, obwohl die Berliner Feuerwehr ihn aus 18 Rohren mit Wasser überschüttete und auch die Reinickendorfer Wehr mit eingriff. Gefährdet waren auch die benachbarten Gemeindefamilien in der Kristianstraße und das Wohnereignis in der Drontheimer Straße, aus dem etwa fünfzig Säuglinge in eine nahegelegene Volkswirtschafts-Hinübergefahr wurden. Während der Löscharbeiten wurden von Diebstahl gefinde dreißig Bilanzbesetzungen verübt. Ein Teil der Vorräte des Holzplatzes wurde geraubt. Halbwaldfische wurden herabgehoben und die Feuerwehrröhren und -drahtleitungen abgerissen. In derselben Nacht hatte die Feuerwehr auch an anderen Stellen Berlins harte Arbeit. Sie mußte auch in der Woyenstraße einen Brand, der die Häuser 90, 91 und 92 ergriffen hatte, und Reherstraße 2 einen Dachstuhlbrand löschen. Bei all diesen Feuerbränden wird Brandstiftung vermutet.

Gasvergiftungen kommen immer wieder vor. Gestern wurden in Berlin vier Fälle gemeldet, darunter drei mit tödlichem Ausgang.

Der Einbruch bei der Dresdner Bank restlos aufgeklärt.

Die Nachforschungen der Kriminalpolizei haben heute zur Festnahme des geflüchten zweiten Einbrechers Edward Przeworski alias Heinz und seiner Braut Elly Thiel geführt. Bei ihm wurden noch 22 000 Mark und mehrere Schmuckstücke vorgefunden. Von ihm etwa 1 Million Mark betragenden Werte

Achtung! Arbeiter! Parteigenossen! Öffentl. Versammlungen der S. P. D.

Tonnerstag, 21. August, 7 Uhr:

- Pharusstraße, Müllerstraße.
- Unionsstraße, Greifswalder Str. 21.
- Brachstraße des Ostens, Frankfurter Allee.
- Deutscher Hof, Ludauer Straße.
- Bayenhofer Brauerei, Hildingerstr. 23.
- Brachstraße Noabit, Wicelstr. 21.
- Charlottenburg, Volkshaus (Gr. Saal), Rosinenstr. 3.
- Johannisthal, Restaurant zum Luftverkehr, Friedrichstr.
- Lichtenberg, Aula des Realgymnasiums, An der Parkaue.
- Mariendorf, Gesellschaftshaus v. Graff, Chausseestr. 305.
- Neukölln, Altes Festzelt, Hohenheide 13.
- Steglitz, Festsaal des Gymnasiums, Seelestr. 15.
- Wilmerdorf, Florasäle, Johann-Georg-Str. 19.
- Schöneberg, Aula der Chamisso-Schule, Barbarossaplatz.
- Tempelhof, Aula des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Straße.
- Treptow, Neues Gesellschaftshaus, am Bahnhof.

Der Bezirksvorstand.

In allen Versammlungen Tagesordnung:

Der internationale Zusammenbruch der Rätediktatur.

Referenten sind die Genossen: Caspar, Dittmer, Fuß, Gebert, Heischold, Heilmann, Heintz, Keller, Horlik, Kitzsche, Pattloch, Scholz, Thomas, Wermut, Wuschid, Zidler.

fehlen somit nur noch ganz wenige Wertpapiere, deren Ermittlung auch noch in Aussicht steht.

Ein Koffer mit 100 000-Mark-Werten ist gestern von einem „Wilden“ Gepätkräger auf dem Stettiner Bahnhof einem Rittgerausbesitzer gestohlen worden. Der Dieb trug zu seiner Uniform eine Artilleriemähne ohne Schirm. — Ebenfalls am Stettiner Bahnhof gestohlen wurde einer Dame eine große Handtasche aus grauem Wildleder, die u. a. ein Brillantohrgehörig enthält, das allein 25 000 Mark wert ist. Nachrichten über den Verbleib der Schmuckstücke werden Zimmer 70a, Polizeipräsidium, entgegengenommen.

Die Leichen zweier junger Mädchen wurden gestern am Holsteiner Ufer und am Mühlendamm aus dem Wasser gezogen. Bei beiden konnte die Persönlichkeit nicht festgestellt werden. Die eine tote ist etwa 16 bis 17 Jahre alt und 1,55 Meter groß, hat blondes Haar und trug ein dunkelblaues Kleid, weiße Unterleider, schwarze Strümpfe und hohe gelbe Schnürschuhe. Ihr Hemd ist M. E. gezeichnet. Bei sich hatte sie einen Schlüssel mit einer Medaille mit der Nummer 2552. Die andere ist 16 bis 20 Jahre alt und 1,60 Meter groß, hat blondes Haar und trug eine grüne Strickjacke, eine rosa Bluse, einen braungrauen Rock, schwarze Strümpfe und hohe Schnürschuhe.

Einbruch in eine Postkommission. Auf Fleischmarken hatten es Einbrecher abgesehen, die in der vergangenen Nacht die 167. Postkommission in der Straße 4a, im Norden der Stadt, einbrachen. Sie stahlen 8100 Fleischkarten für Erwachsene, Serie 15, Nr. 25401 bis 33 500 und 800 Fleischkarten für Kinder, Serie 2, Nr. 5801 bis 6100 der 36. bis 38. Woche.

Ein Tropfen! Die Deutsche Wohlfahrtsstelle meldet, daß ihr durch Vermittlung des Holländischen Roten Kreuzes ein Waggon Liebesgaben zur Verteilung überandt worden ist. Die Gaben — Kalas, lindenferierte Milch, Butter, Del, Hüllensfrüchte — stammen aus den verschiedenen holländischen Gesellschaften und sind für die Rotkreuzenden in Berlin, München, Stuttgart, Karlsruhe und für die besonders bedürftigen im Rheinland und Gegendorte bestimmt. — Wieviel man, wenn diese Spenden verteilt werden, auf den Einzelnen kommen?

Flüchtlingsfürsorge. Der Bund der deutschen Grenzmarken-Schugverbände will für die aus den Grenzgebieten vertriebenen Deutschen, die oft all ihr Hab und Gut verloren und vorläufig auch keinen Erwerb haben, im ganzen Deutschen Reich Geldmittel sammeln. Für den 18. und 14. September sind „Lusttage“ in Aussicht genommen, auch werden Spenden an die Preussische Staatsbank, Berlin W 58, Marienstraße 38, Konto B. 100 058 „Flüchtlingsfürsorge“, erbeten.

Verkaufen hat die Redaktion der „Schwargenburger Zeitung“ die letzten neun Monate. Am Kopf des Blattes steht noch heute zu lesen, zu welchem Preise man es bei den „Kaiserlichen Postämtern“ erhalt.

Einführungskursus in den wissenschaftlichen Sozialismus anstatt Donnerstag am Freitag in der Aula Christburger Str. 7.

Verpäteter Eingang von Postsendungen ist jetzt eine ständige Erscheinung, aber die von allen Seiten gelagert wird. Viele Leute wissen allerdings wohl noch gar nicht, wieviel Zeit es jetzt selbst in Berlin erfordert kann, bis ein Brief an den Empfänger gelangt. Im Verkehr mit den Vororten liegen die Dinge noch schlimmer, wobei wir selber uns täglich bei dem Eingang unserer von dort kommenden Postsendungen überzeugen können. Lebensmittelnachrichten, die uns aus Vororten zur Veröffentlichung überandt werden, sind manchmal erst wenige Stunden vor dem Zeitpunkt zur Post gegeben, wo die betreffenden Nachrichten bereits zur Kenntnis der Leser gebracht sein müßten. Weiß man denn in den Gemeindefamilien der Vororte nicht, wie lange ein Brief von dort bis Berlin unterwegs ist?

Sehr unangenehm kann es für einen Arbeitssuchenden werden, wenn ein schließlich erwarteter Brief, der ihn zum Arbeitsantritt auffordert, mit Verpätung ankommt. Ein Arbeiter, der sich um eine Stelle beworben hatte, sagt uns, daß eine am Sonnabend vormittags zwischen 10 und 11 abgestempelte Postkarte des Arbeitgebers erst am Montag abend gegen 8 Uhr in seine Hände gelangte. Beide, der Arbeitgeber und der Arbeitssuchende, wohnen in Berlin, aber der Arbeitgeber hatte nicht mit der Unsicherheit der Postbestellung gerechnet. Als der Arbeitssuchende dann kam, mußte ihm gesagt werden, daß wegen seines Ausbleibens am Montag morgen die Stelle anderweitig besetzt worden war.

Auf der Vorortstraße nach Stahnsdorf ist der Zugverkehr nur spärlich und obenein manchmal „unregelmäßig“. An Sonntagen, wo der Friedhof bei Stahnsdorf starken Besuch von Berlin hat, läßt der unerwartete Ausfall schulpflichtiger Jünger zu den schlimmsten Ausfällen. Vom letzten Sonntag abwärts und ein Leier, wie er am Nachmittag auf Bahnhof Wannsee zusammen mit Hunderten endlos lange auf einen Zug nach Stahnsdorf warten mußte. Inzwischen kamen viele Jünger, die entweder in Wannsee endeten oder nach Potsdam weiterfuhren. Sollte es unmöglich sein, in dieser Zeit des stärksten Friedhofsverkehrs einen Zug mehr nach Stahnsdorf durchzuführen? Warum wird, was man den Besuchern des Wannseebades und Potsdam zubilligt, den Friedhofsbesuchern verweigert? Noch böser erging es am vorigen Sonntag den Friedhofsbesuchern, die am Abend von Stahnsdorf mit dem letzten Zug heimfahren wollten. Nach dem Fahrplan hätte der Zug 7³⁰ abgehen müssen, aber er blieb aus. Etwa 1000 Personen mußten ziemlich 2 1/2 Stunden warten, bis endlich um 9 Uhr ein Zug abgefahren werden konnte. Man kann sich die erregten Ausfälle vorstellen, die es auf dem Bahnhof gab. Der Verkehrsführer meint, auf anderen Strecken werde die Fahrzeit künstlich innegehalten, nur Stahnsdorf mache eine Ausnahme. Das ist ein Irrtum. Technische Klagen sind

ums auch von anderen Vorortstraßen zugegangen. Die Eisenbahnverwaltung erklärt diese Mißstände aus Mängeln der Betriebsmittel, besonders der Lokomotiven.

Lichtenberg. Vom Kartoffelverkauf. Der Lichtenberger Stadtrat Biglke läßt den „Vorkäufte“ um Aufnahme folgender Zeilen bitten: Der Kartoffelverkauf in Lichtenberg findet in letzter Zeit nicht den Zuspruch des Publikums, den man erwarten sollte. In der laufenden und vorhergehenden Woche wurden die 10 Pfund Kartoffeln auf die Verkaufsstelle zum Verkauf bereitgehalten, weil die Kartoffelaufuhr außerordentlich reichlich war. In der vorigen Woche blieben infolge der Kaufunlust des Publikums große Mengen von Kartoffeln auf den städtischen Kartoffelagern übrig und mußten unter finanziellen Verlusten für die Stadt zu anderen Zwecken verkauft werden. Auch in der laufenden Woche macht sich dieselbe Lageverhältnisse der Kaufunlust bemerkbar. Der Magistratsbezerrant glaubt, die Ursache dieser Erscheinung auf dem Nahrungsmittelemarkt daraufhin zurückführen zu können, daß ein großer Teil der Lichtenberger Bevölkerung in den Schrebergärten und auf Landparzellen mit Rücksicht auf die Kartoffelknappheit der Vorjahre den Kartoffelanbau selbst vorgenommen hat und nun aus eigener Ernte Kartoffeln verbraucht und auf die von der Stadt angebotenen Kartoffelrationen verzichtet. Er glaubt, empfehlen zu können, die Ernte auf den eigenen Kartoffelanpflanzungen nicht vorzeitig und nur allmählich vorzunehmen und den Anbau des nötigen Ausmaßes dadurch zu ermöglichen. Die Ausgabe einer Kartoffelration von 10 Pfund für die Woche wird der Stadt nicht immer möglich sein. Es empfiehlt sich daher, die jetzt gebotene Kartoffelmöglichkeit zu benutzen und die eigene Ernte für knappere Wochen zu verwerten. Im Interesse der steuerzahlenden Bevölkerung dürfte es auch liegen, durch rege Ausnutzung der Kaufangebote die Stadt vor finanziellen Verlusten zu bewahren, da ein Schaden der Gemeinde letzten Endes immer den Steuerzahler empfindlich trifft.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Bis 24. August 3 Pfd. Kartoffeln (M) möglichst sofort. Der Eingang laurer Milch hat, wie der Magistrat beunruhigt, sich in den letzten Tagen so erhöht, daß die bisherige Milchlieferung nicht ausreicht erhalten werden kann. Ab 21. d. M. bis auf weiteres (A I) 1, (A II) 1/2, (B I) 1/2, (B II) 1/2 Liter Vollmilch. Sonnabend für 4 Tage 1 Liter Kondensmilch (C II).

Nowawes. Der dauernde Rückgang in der Milchlieferung macht die Heraushebung der Milchanteile zu 1/2 Liter auf 1/2 Liter bei sämtlichen Milchabnehmern erforderlich.

Reinickendorf. Ab 21. August 1/2 Pfund Käse für Kriegsbekindigte ab 27. d. M. Zimmer 24 Ernährungsamt. Alle Karte und letzte Rechenbescheinigung mitbringen.

Pantow. Als Ersatz für nichtbezogenes Auslandsfleisch auf jeden Fleischartenabschnitt 50 Gramm inländische Hüllensfleisch. Der Speck, der aus Inlands-Hausgeschlachten als einmalige Sonderzubereitung überwiegen ist, kann gegen Ergabe der erhaltenen Bezugsscheine und zwar an werbende Mütter (vom 5. Monat ab) 375 Gramm, an Kranken 250 Gramm, an Jugendliche im Alter von 14 Jahren 250 Gramm, in den Reichereigekälften in Empfang genommen werden. (375 Gramm 3,65 Mark).

Pantow. Ab morgen Freitag 250 Gramm Hüllensfleisch und 250 Gr. Käsegruppen (30). Für Kranke und schwangere Frauen Neuausgabe der Reichskarten Breite Str. 11, Zimmer 26. S-2, S-7 heute A-F, Freitag G-J, Sonnabend K-L, Montag M-R, Dienstag S-T, Mittwoch U-Z. Die alten Reichskarten als Ausweis vorlegen.

Mariendorf-Lände. Ab 21. d. M. 44, 56, 66, 69 zusammen 1300 Gr. Käsegruppen und zwar 300 Gramm Käse, 500 Gramm Leimwaren, Käse bis 22 August vorlegen. Verkauf beginnt am 28. bzw. 29. Aug., nachmittags 4 Uhr; am 6. September erlischt das Bezugsrecht. — Infolge nachdrücklich eingetretener Preissteigerung müssen die Preise für den Torf folgende werden für 1 Zentner frei Haus (Keller) 8,50 Mark (nicht 7,00 Mark), für 1 Zentner ab Hofen Tempelhof 7,50 Mark (nicht 6,50 Mark). Abholung vom 20. bis 30. August wochentags 8-12 Uhr im Rathaus, Zimmer 3081. Alle Preisveränderungen frei Keller. Für Abtragen des Torfes in andere Stadtteile haben die Befehle selbst zu sorgen.

Weißensee. Vom 18. bis 24. 7 Pfd. Kartoffeln, 1 Pfd. Karmelade, 1,30 Pf., 250 Gramm Auslandsfleisch.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Charlottenburg. 13. Gruppe. Freitag, 22. August, 7 1/2 Uhr, Jahrsabend bei Frau, Raststraße, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße. Arbeiterräte der Kriegsorganisation. Heute vormittags 9 Uhr Sitzung Volkskamer Str. 32 I. Tagesordnung: 1. Arbeiterratswahl. 2. 170-Millionen-Gabe. 3. Reichsbekannt.

Gerichtszeitung.

Der Raubüberfall auf den türkischen Juwelier. Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht am Landgericht I begann heute die Verhandlung wegen des am 24. Juli verübten Raubüberfalls auf den türkischen Juwelenhändler Leon. Angeklagt sind: Oberleutnant Egid Schürri, Oberleutnant Ahmed Kouri, Kaufmann Ahmed Schürri, Händler Mustafa Dschemal und Leutnant Fuad Tachieddin. Von den Verteidigern sind verschiedene Beweisanträge gestellt worden, welche die Tat in einem milderen Lichte erscheinen lassen. Nach längerer Beratung fällte das Kriegsgericht folgendes Urteil: Egid Schürri und Mustafa Dschemal zu je 12 Jahren Zuchthaus, Ahmed Schürri zu sechs Jahren Zuchthaus, Fuad Tachieddin wurde freigesprochen; das Verfahren gegen Ahmed Kouri wurde dem ordentlichen Gericht überwiesen.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Entwurf ohne einen Buchstaben und eine Nummer der Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Gültige Entwürfe tragen man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftliche und Beträge mitzubringen.

11. Reichen Sie bei Ihrem Bezirkskommando ein Gesuch auf Erlass der Strafe ein oder bringen Sie den Antrag mündlich vor. Wenn Sie dabei auf den Erlass des Kriegswinteramts vom 25. Mai 10 Nr. 505, S. 19 O. 4 (R. G. Bl. S. 464) hin — W. P. 25. Nichten Sie ein Gesuch an den Magistrat der Stadt Neudölln, für den Fall der Ablehnung eine Petition an die Stadivordnungsversammlung. — G. E. 3. Borden muß bei dem Amtsgericht des letzten Wohnortes die Todeserklärung beantragt und erwirkt werden. — Hedwig 17. 1. Nur dann, wenn durch den übrigen Nachlass das Vermögen nicht bedeckt ist. 2. Kein. — C. 24. 100. 1. Antrag an das Bezirkskommando. 2. Fragen Sie bei der Firma Reg. Leuchtdruck, Leipziger Straße, an. — P. 7. 1. Ja. 2. Anfrage an die Staatsanwaltschaft. — P. 17. 1. Kein, das Jubiläumstermin kann aber auf Antrag die Lösung anordnen. 2. Das wäre möglich. 3. Ja, sofern die Lösung noch nicht erfolgt ist. 4. Ja. — B. 2. 100. 1. Mariendorf (Wehrp.). Kein. — A. 5. Aufforderung zur Ausstellung eines anderen Zeugnisses eventuell Klage beim Kaufmannsgericht. — 84. 2. Wenn inländische Behandlung nachgewiesen werden kann, kann auf Grund des § 226 des R. G. B. Klage erhoben werden. — Z. 52. Ja. — G. R. 46. 1. Falls einmal die Zustimmung, dann aber auch bewiesen werden kann, da das Quantum bei dem Verkäufer nicht erreicht ist, hat die Klage beim Amtsgericht, in dessen Bezirk der Verkäufer wohnt, ist, Aussicht auf Erfolg. 2. Die Schwere ist zur Inzidentklärung des Nachlasses aufzufordern. Falls die Inzidentklärung nicht ankommt, Klage bei dem für den letzten Wohnort der Erblasserin zuständigen Amtsgericht, falls das Objekt über 600 R. ist, beim Landgericht durch einen Rechtsanwält. Ist die Inzidentklärung erfolgt, so kann bei demselben Amtsgericht, Nachlassabteilung, die Vermittlung der Auseinandersetzung beantragt werden. — Z. 88. 1. Nicht verlobt. 2. Das sind zahlungspflichtig. 3. 4. Gros. Verzugsgeld. — B. 42. 1. Das Testament ist nicht gültig. 2. In fünf Jahren. — W. D. 24. Kein, die Mütter sind aber zur anteiligen Erhaltung verpflichtet. — P. 2. 16. Wiederholen Sie die Anträge und geben Sie noch an, wann die Ehe geschlossen ist und wo der erste Wohnort gewesen ist.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Ostlich der Oder warm, größtenteils trocken und vielwolkeig; im Westen, später auch im östlichen Küstengebiet überwiegend bewölkt, leichte Regenschauer und etwas Abkühlung bei mäßigen südwestlichen Winden.

